

## Die Regierung und die konservative Partei.

Die jüngsten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus haben eine Bedeutung gewonnen, welche über das eigentliche Interesse des zunächst vorliegenden Gegenstandes weit hinausreicht.

Der Provinzialfonds für Hannover ist der Anlaß zu einer wichtigen und möglicherweise folgenreichen parlamentarischen Verwicklung geworden: die Stellung des Ministeriums und der konservativen Partei, welche bisher die hauptsächlichste Stütze desselben im Landtage war, ist dabei zu lebhafter Erörterung gekommen.

Die eindringlichen Vorstellungen, welche der Minister-Präsident Graf Bismarck in Bezug auf die Nothwendigkeit eines festen Anschlusses an die Regierung behufs Vermeidung innerer Schwankungen ergehen ließ, haben einen tiefen Eindruck nach allen Seiten hervorgebracht; und dieser Eindruck ist durch den unmittelbar darauf angekündigten Entschluß des Minister-Präsidenten, sich auf einige Zeit von den Geschäften zurückzuziehen, noch erhöht worden. Es ist nicht zu verkennen, daß das Bedürfnis nach Erholung für den Minister in diesem Augenblick vorzugsweise durch die Reibungen der Staatsmaschine herbeigeführt worden ist, welche nach seinen neuerlichen Andeutungen aus der Unsicherheit und den Schwankungen der Mehrheit im Parlament entstehen und auch die kräftigste Natur zu erschüttern geeignet sind.

Wie aber konnte es gerade bei der Frage des Provinzialfonds zu so tief eingreifenden Erörterungen kommen?

Die Stimmführer der konservativen Partei versichern ausdrücklich: die Frage habe für das konservative Gewissen keine überwiegende Bedeutung, man habe grundsätzlich ebenso gut für wie gegen den Provinzialfonds stimmen können.

Wie hat es geschehen können, daß man es in einer solchen grundsätzlich gleichgültigen Frage bis zu einem bedauerlichen Konflikt mit der Regierung kommen ließ?

Die schwere Verwirrung ist augenscheinlich dadurch entstanden, daß die Partei, welche sonst die Unterstützung der Regierung nach Pflicht und Gewissen als eine ihrer Hauptaufgaben erkannte, in diesem Falle nicht gebührend berücksichtigt hat, welche Bedeutung die Regierung der Frage, um die es sich handelte, ihrerseits beilegen zu müssen glaubte.

Die Regierung hat freilich vom ersten Augenblick keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie die Angelegenheit des Provinzialfonds für Hannover eben so wie die der Abfindung der entthronten Fürsten als ein Glied in dem Zusammenhang ihrer nationalen Politik behandelt wissen wollte. Eben so wie der Minister-Präsident in Betreff der Ausgleichung mit den Fürsten die Forderung stellte, daß man nicht ein einzelnes Stück seiner Politik aus dem Zusammenhang herausreißt und verwerfe, während man sich den Anschein gebe, die Gesamtpolitik zu billigen, mit demselben Rechte legte er schon bei den Vorberathungen über den Provinzialfonds für Hannover den größten Werth auf die politische Bedeutung der Sache nicht bloß für die neu erworbene Provinz, sondern für den Eindruck in ganz Deutschland. Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche königliche Zusage an die hannoverschen Stände ertheilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde. Endlich stand die Frage im engsten Zusammenhang mit der laut verkündeten Absicht der Regierung, eine größere Selbstverwaltung in den einzelnen Provinzen anzubahnen.

Diese Erwägungen waren unzweifelhaft so wichtig, daß diejenige Partei, welche der Regierung vorzugsweise als Stütze dienen will, sich denselben nicht hätte verschließen sollen.

Wenn das konservative Gewissen (wie allseitig versichert wird) mit der Bewilligung oder Verlagung des Provinzialfonds an und für sich Nichts zu thun hatte, so war es um so mehr Gewissenspflicht einer der Regierung nahe stehenden Partei, bei ihren Entschlüssen den politischen Gründen und Gesichtspunkten der Regierung volle Beachtung zu gewähren.

Die Regierung muthet, wie der Ministerpräsident wiederholt versichert hat, der konservativen Partei so wenig, wie einer anderen Partei zu, in irgend einer

Frage ihre Grundsätze zu opfern und gegen ihr politisches Gewissen zu handeln. Gerade weil grundsätzliche und Gewissensfragen für die Partei eingestandener Maaßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlbegründeten und klar ausgesprochenen Ansicht nicht bloß wichtige politische Verpflichtungen, sondern geradezu die Einlösung einer im Namen des Königs gegebenen Zusage in Frage standen, — deshalb konnte und mußte die Regierung erwarten, daß die konservative Partei alle Bedenken von bloß praktischer Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig von der Regierung entschieden in den Vordergrund gestellten höheren Rücksichten opfern würde.

Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten so gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer Täuschungen über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitet worden wären.

Während die Staatsregierung in voller Einmüthigkeit von vorn herein das Gewicht jener politischen Gründe mit größter Entschiedenheit geltend machte, wurde von jener Seite die völlig grundlose Meinung verbreitet: die Regierung nehme es gar nicht so ernst mit der Sache und werde es schließlich der konservativen Partei danken, wenn sie die Vorlage ablehne. Als sodann diesen und ähnlichen Behauptungen gegenüber ausdrücklich und wiederholt verkündet wurde, daß die Regierung an dem wesentlichen Inhalte ihrer Vorlage entschieden festhalte und in der Annahme oder Ablehnung derselben ein Zeichen dafür erblicken würde, inwieweit sie Seitens der einzelnen Parteien auf eine thatkräftige Unterstützung ihrer Gesamt-Politik zu rechnen habe, — war man von jener anderen Seite darauf bedacht, diese Kundgebungen der Regierungsansicht als nicht vorhanden mit Stillschweigen zu übergehen.

Nur bei gebliffentlicher Nichtbeachtung der Stellung der Staatsregierung zur Sache war es möglich, einen größeren Theil der Konservativen gerade in dieser Frage in Widerspruch mit den Absichten der Regierung zu bringen, und dadurch die Beziehungen der Regierung zur konservativen Partei augenblicklich zu erschüttern.

Aus den Mahnungen, welche der Minister-Präsident in den ersten Tagen der Berathung wiederholt an die konservative Partei gerichtet hat, ist unverkennbar, welchen Werth er mit der gesammten Regierung auf eine feste Unterstützung seitens dieser Partei legt.

Der bedauerliche Verlauf der Berathungen kann nicht verfehlen, auf die Verhältnisse der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus einen erheblichen Einfluß zu üben, und zwar in der Richtung, daß die Aufgabe der Partei als einer zuverlässigen Stütze der Regierung wieder klar und entschieden zur Anerkennung und Geltung gelangt.

Wenn einzelnen Mitgliedern der konservativen Partei die Unterstützung der Regierungspolitik wirklich so schwere Bedenken verursacht, wie einer derselben in scharfer Weise ausgesprochen hat, so möchte es für die weitere Entwicklung jedenfalls gut sein, wenn die unzweifelhafte Mehrheit derer, welche der Regierung zuversichtlich und freudig folgen, ihre Schritte nicht ferner von der Gemeinschaft oder gar von der Führung jener bedenklichen Politiker abhängig machen.

Zunächst aber wird das Herrenhaus in der Frage selbst, um die es sich zunächst handelt, wohl von Neuem Zeugniß davon ablegen, daß die konservative Partei in Preußen in allen Fällen, wo es um des Gewissens halber möglich ist, der jetzigen Regierung gern und aufrichtig ihre Unterstützung gewährt.

Für das Herrenhaus sind jene Irrungen in Bezug auf die Bedeutung und die Folgen der diesmaligen Abstimmung, welche im Abgeordnetenhaus einen so bedenklichen Einfluß übten, nicht mehr möglich: die Erklärungen und das weitere Verhalten des Minister-Präsidenten haben nach allen Seiten völlige Klarheit darüber verbreitet, welche Bedeutung die Regierung der Angelegenheit

beimißt und welche Folgen der Ausgang derselben für die innere Parteistellung haben muß.

Das Herrenhaus war bei wichtigen Entscheidungen auch sonst bereit, die Gesichtspunkte und Neigungen der Parteistellung den Forderungen einer großen patriotischen Politik unterzuordnen: das Haus wird den hannoverschen Provinzialfonds schwerlich für einen genügenden Anlaß halten, um mit dem bewährten Träger einer Politik zu brechen, welche die weiten neuen Provinzen, das befestigte Königthum, das vereinigte Deutschland für sich aufzuweisen hat.

### Weitere Erklärungen des Minister-Präsidenten Grafen von Bismarck

bei Gelegenheit der Berathung über den hannoverschen  
Provinzialfonds.

Ueber die Stellung der konservativen Partei zur Regierung sprach sich der Minister-Präsident in folgender Weise aus:

„Ich will noch eine Bemerkung an diejenigen Fractionen richten, die sich die Unterstützung der königlichen Staatsregierung zur Aufgabe gestellt haben. Es ist hier unter Anderen ein erhebliches Gewicht auf die Stimmung in den Wahlkreisen der östlichen Provinzen gelegt, die durch dieses Gesetz wesentlich berührt sein würde. Ich kann dieses Urtheil und diese Voraussicht doch nicht unterschreiben; ich finde in der Vergangenheit einen Beweis dagegen. Der Vorgang mit Kurhessen (die Bewilligung des kurhessischen Staatschapes für Zwecke der Provinz) war vollständig bekannt und öffentlich, ehe die Wahlen stattfanden; die Zusage der königlichen Staatsregierung an die Provinzialstände Hannovers aus dem Monat September war eine durchaus öffentliche und allseitig bekannt, ehe die Wahlen stattfanden. Nun ist mir nicht zu Ohren gekommen, daß in irgend einem Wahlkreise auch nur irgend ein Kandidat darüber gefragt worden wäre, wie er über diese etwa unbillige Zumuthung an die alten Provinzen dächte, daß irgend Jemand es für nützlich gefunden hätte, die Ablehnung dieser Vorlage in Aussicht zu stellen, oder etwa in einem der der Regierung vertrauenden Kreise zu sagen: ich werde in allen Stücken mit der Regierung gehen; indessen kann ich es nicht in diesem Punkte. Es ist damals, obschon die Sache vollständig öffentlich geworden und doch mindestens in denjenigen Kreisen, aus welchen die Abgeordneten hervorgingen, allgemein bekannt war, Niemandem eingefallen, dieses als einen bei den Wahlen in Betracht kommenden Punkt zu benutzen. Vielmehr haben die Kandidaten der in Rede stehenden Partei bei der Bewerbung um ihr Mandat lediglich die Unterstützung der königlichen Staatsregierung, namentlich in allen Fragen, auf welche die Regierung Gewicht legt, in Aussicht gestellt. Es kann das allerdings nicht so gemeint sein, daß die Herren in grundsätzlichen Fragen, wenn da die Absicht der Regierung ihren Grundsätzen, die sonst ihnen eigen sind, großen politischen Prinzipien, widersprechen sollte, sich auch da blindlings der Regierung überlassen sollen; aber es wird doch immer so viel heißen, daß in Anbetracht einer bedeutenden politischen Maßregel der königlichen Staatsregierung, die vor den Wahlen öffentlich bekannt gewesen ist, die Zusage der Unterstützung der Regierung die Unterstützung dieser Maßregel mit einbegreift, und daß wir ein Recht zu haben glaubten, in dieser Frage auf die Unterstützung der konservativen Partei, als derjenigen Partei, deren Grundlage vorzugsweise das Vertrauen zur jetzigen Regierung gewesen ist, ganz unbedingt zu zählen. Meine Herren, es ist eine constitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann, auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen; — wenn nicht diese Partei den Ueberschlag ihrer Rechnung dahin zieht: wir gehen im Großen und Ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß sie ab und zu eine Thorheit begeht, aber doch immer noch weniger Thorheit machte, als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir ihr die Einzelheiten zu Gute halten. Hat eine Regierung nicht wenigstens eine Partei im Lande, die auf ihre Auffassungen und Richtungen in dieser Art eingeht, dann ist ihr das constitutionelle Regiment unmöglich, dann muß sie gegen die Constitution arbeiten; sie muß sich eine Mehrheit künstlich schaffen oder vorübergehend zu erwerben suchen. Sie verfällt dann in die Schwäche der Coalitions-Ministerien (die sich auf mehrere an sich verschiedene Parteien stützen) und ihre Politik geräth in Schwankungen, die für das Staatswesen und namentlich für das konservative Prinzip von höchst nachtheiliger Wirkung sind.“

Einem konservativen Abgeordneten, welcher den Minister-Präsidenten dahin verstanden hatte, daß derselbe eine unbe-

dingte Unterordnung der konservativen Partei unter die Auffassungen der Regierung verlange, erwiderte Graf Bismarck:

„Der Herr Abgeordnete scheint mich so verstanden zu haben, als hätte ich gesagt: Ich erwarte und fordere von der konservativen Partei, daß sie unbedingt der Regierung folge. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich bemerkt, ich verlange das nicht, ich kann es nicht verlangen, wo große Grundsätze sich scheiden und wo die Regierung von den großen Prinzipien, auf denen die Stellung der konservativen Partei beruht, sich entfernen sollte. Ferner ist es etwas anderes, wenn es sich um Dinge handelt, wo nicht eine vollbrachte Thatsache vorhanden ist; aber wo die Regierung Verbindlichkeiten eingegangen hat, wo die Sache bereits eingeleitet ist, wo sie vor der Wahl bereits eingeleitet war, da habe ich, so lange ich auf jenen Bänken der konservativen Partei saß, niemals der Regierung Verlegenheiten zu bereiten gesucht. Fast für jede Sache lassen sich zwei, drei Wege einschlagen — viele Wege führen nach Rom. Welcher Weg der richtige, welcher der fehlerhafte ist, entscheidet die Zukunft, vielleicht wenn wir alle nicht mehr leben; aber der Weg, auf dem eine Regierung zu Grunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes thut; wenn sie heute etwas zusagt, und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung muß nicht schwanken; hat sie ihren Weg gewählt, so muß sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen; kommt sie ins Schwanken, so wird sie schwach, und darunter leidet das ganze Staatswesen.“

Der Herr Abgeordnete hat davon gesprochen, unter welchen Umständen die Herren gewählt worden und wozu sie gewählt worden. Ich kann das nicht untersuchen. Ich kann nicht in die Seele der Wähler sehen; aber hätten wir diese konservative Majorität heute hier, im Vergleich zu der konservativen Minorität, welche vor zwei Jahren hier war, wenn diese Regierung nicht am Ruder gestanden hätte? Wie viele von Ihnen wären dann gewählt? Wenn die Regierung gesagt hätte: diese Herren wünschen wir nicht, der und der geht uns zu weit rechts, der ist uns zu konservativ, — hätten wir das erklärt, wo wäre die Majorität?

Der Herr Abgeordnete hat, wie ich vernehme, ferner gesagt: — die konservative Partei hätte diesem Ministerium viel geopfert. Ich bedaure, daß er dies nicht näher angegeben hat, denn ich wäre in der That neugierig, zu hören, was sie denn geopfert hat. Das Einzige von ihm Angeführte ist, daß Sie das Klassenwahlsystem aufgegeben haben, dieses im Grunde unhaltbare System, nach welchem wir hier gewählt sind, nach dem wir deshalb gewählt sind, weil es verfassungsmäßig ist und weil wir kein anderes haben, welches aber in seinen Folgen noch Niemand zu vertheidigen gesucht hat und noch Niemand als ein konservatives Wahlssystem hinzustellen gesucht hat. Ich will von den Resultaten nicht sprechen, sie sind Zufällen unterworfen; aber die Resultate sind die, daß die konservative Partei dem wenigstens vergleichsweise verständigeren allgemeinen Wahlrecht etwas zu verdanken und nichts dadurch verloren hat.

Und hätte sie dem Ministerium ein Opfer gebracht — ich will nicht von Opfern sprechen, die das Ministerium dem Lande gebracht hat, denn wir sind sie dem Lande schuldig, aber, meine Herren, dafür zeigen wir Ihnen die weiten neuen Provinzen auf, dafür zeigen wir Ihnen das befestigte Königthum auf, wir zeigen Ihnen das vereinigte Deutschland auf, wenn Sie darnach mit uns abrechnen wollen, so werden Sie uns stark im Vortheil finden.

Wir kamen zur Regierung im Jahre 1862. Ich weiß nicht, ob Jemand unter Ihnen von Hause aus geglaubt hat, daß wir die Sachen zu einem günstigen Ende führen würden. Aber hat sich außer uns hier Jemand gefunden, der bereit war, sie durchzuführen? Was trat dann ein, wenn wir nicht den Muth gehabt hätten, die Ministerstellen zu übernehmen, hier drei Jahre lang alleinstehend mit elf Konservativen verschmäht, verkehrt, angefeindet auszuhalten? Das aber vergift man sehr rasch. Denken Sie sich, daß im Herbst 1862 diejenigen Umstände eintraten, die unvermeidlich waren, wenn ich einfach im September zu Sr. Majestät dem Könige nein statt ja sagte! Ich wiederhole: wollen wir constitutionell regieren, so bedürfen wir einer Majorität; verweigern die Herren, die vorzugsweise gewählt sind, mit uns zu gehen, diese Regierung halten zu helfen, verweigern sie uns ihre Stimmen, so müssen wir eine andere Majorität zu finden suchen, und finden wir sie nicht, was kommt dann heraus? Daß die Regierung genöthigt ist, sich auf mehrere verschiedene Parteien zu stützen, mit denen sie innerlich nicht so einig ist, wie sie es mit der konservativen Partei zu sein glaubte; daraus folgen alle die Schwächen eines Coalitionsministeriums, das nicht handeln kann, weil es jeder Richtung Rechnung tragen muß, bald der einen, bald der anderen, und nicht von der Stelle kann.

Wollen Sie diese Schwankungen über den Staat verhängen? Ich kann nicht erwarten, daß Sie von mir verlangen werden, und von dem jetzigen Ministerium verlangen, daß, wenn Sie uns die Majorität versagen, wir nichtsdestoweniger fortfahren sollen, alle Unannehmlichkeiten der Stellung zu tragen, ohne nach Abhülfe zu suchen; daß wir uns zum Organ einer einzelnen Fraction, einer einzelnen Partei machen und es darauf ankommen lassen, ob die ganze für das Land bedrohliche Lage des Konflikts sich in dieser schwierigen Zeit erneuern soll oder nicht. Daß ich den Konflikt nicht



fürchte — meine Herren, ich habe ihm ehrlich die Stirn gezeigt drei Jahre hindurch, aber ihn zu einer bleibenden nationalen Einrichtung zu machen, ist nicht meine Absicht.

Auf die Bemerkung eines konservativen Abgeordneten, daß die konservative Partei es sich zur Ehre anrechne, die Regierung zu heben und zu stützen, daß er aber um seines Wahlkreises willen nicht für den Provinzialfonds stimmen könne, erwiderte der Minister-Präsident Graf Bismarck:

»Ich kenne diesen Wahlkreis genau, vielleicht genauer als der Herr Abgeordnete, weil ich länger in demselben angefaßten gewesen bin wie er, und ich glaube, daß man mir dort allseitig, wenigstens von Seiten derer, die für den Herrn Abgeordneten gestimmt haben, beipflichten wird, wenn ich behaupte, das Heben und Stützen kann mir nichts helfen, wenn es nicht in der Gesamtheit der Politik geschieht. Ich kann mich nicht theilweise heben und stützen lassen, sonst komme ich aus dem Gleichgewicht.

Die Regierung muß so gehoben und gestützt werden, wie sie in der Gesamtheit vorhanden ist, und wenn der Herr Vorredner sich vor bösen Worten der Wähler in seinem Kreise fürchtet, wenn er nach Hause kommt, so empfehle ich ihm dafür nur das Rezept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen!«

**In Betreff der Provinzial-Verwaltung** und deren künftigen Gestaltung hatte der Minister-Präsident eine Begünstigung von Einrichtungen der Selbstverwaltung in Aussicht gestellt. Auf die Bemerkung eines Abgeordneten, daß der Minister des Innern sich bei der Staatshaushaltsberathung anders geäußert habe, sagte Graf Bismarck:

»Ich bin überzeugt, daß bei einer genauen Prüfung der Berichte sich ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Auslassungen, die im Namen des Ministeriums des Innern über die Frage der Decentralisation gefallen sind, und zwischen den meinigen nicht finden kann, denn es ist eine zweifellose Thatsache, daß im Schooße des Ministeriums eine Meinungsverschiedenheit über diese Frage nicht herrscht, daß wir Alle darüber einig sind, die Decentralisation in dem Maße, wie ich es gestern charakterisirt habe, zu erstreben, und auch der Herr Minister des Innern ist darüber prinzipiell nicht anderer Meinung. Es ist möglich, daß er in Bezug auf die Art der Ausführung, in Bezug auf die Bereitwilligkeit zur Uebernahme unbesoldeter Ehrenämter persönlich zweifelnde Ansichten hat, als sie mir und dem Herrn Vorredner eigen sind, das ist eine Sache der Erfahrung; sollten sich die Voraussetzungen des Herrn Ministers des Innern als begründet ergeben, so würde das vielleicht zu der Nothwendigkeit führen, nicht ausschließlich auf gewählte Ehrenämter Rücksicht zu nehmen, sondern den unabhängigen provinziellen Körperschaften rechts- und sachkundige Beamte beizugeben, wie das früher bei den landschaftlichen Vertretungen sehr oft der Fall gewesen ist. Das sind Alles Arten der Ausführung, auf die ich jetzt nicht eingehen will. Darüber ist das Staatsministerium in sich einig, daß ein Zustand sobald als möglich aufhören müsse, in welchen über jeden Saun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und daß schließlich die beiden äußersten Pole, die Bezirks-Gendarmen und die geheimrätlichen Kreise des Ministeriums, die eigentlich Entscheidenden in jeder einzelnen Sache sind. Solchem Zustande Abhilfe zu schaffen, diese Aufgabe verstehen wir unter Decentralisation. Wie wir sie ausführen können und werden, wollen wir mit Ihnen gern berathen und keinem Wunsch, keiner Belehrung unzugänglich sein.«

**Die Bildung der Provinz Hannover** aus allen Theilen des früheren Königreichs Hannover wurde im Abgeordnetenhaus als unzweckmäßig bezeichnet. Darauf gab der Minister-Präsident Graf Bismarck folgende Erklärung:

»Ich hatte ursprünglich auch die Absicht, die Eintheilung der Provinz mehr in Einklang zu bringen mit den alten Stammesverhältnissen, mit den alten Reichskreisen. Ich hatte den Gedanken verfolgt, zunächst die rhein-fränkischen Theile der jetzigen Provinz Hessen-Nassau, also etwa Nassau und Hanau, vielleicht auch Fulda mit der Rheinprovinz zu verbinden, zu einer Provinz Rheinfranken; den übrigen Theil von Hessen daran zu erinnern, daß Hessen früher Westthüringen war und Wartburg neben der Wartburg die Hauptschlösser von Thüringen, und eine Provinz Thüringen zu schaffen, welche die in dem preussischen Besitz befindlichen Bestandtheile dieses uralten Stammlandes in sich begriff, also den bei weitem größeren Theil der Provinz Sachsen bis gegen Wittenberg hin; demnächst auch etwa die südliche göttingische Enklave von Hannover, ferner die alten Theile des westfälischen Reichskreises, Osnabrück und Ostfriesland wieder zu Westfalen zu weisen, und dann eine Provinz Niedersachsen unter Zufügung des alten niedersächsischen Landes Magdeburg herzustellen. Dieses — ich nenne es ein Ideal — hat sich nicht verwirklicht; es scheiterte vielleicht an dem

Mangel an Zeit, an dem Mangel an Arbeitskräften. Es liegt auf der Hand, daß, wenn solche Veränderungen in der Provinzial-Eintheilung stattfinden sollten, die schon mit Mühe unvollkommen und eilig überwältigten Geschäfte gar nicht mit dem jetzigen Mädelwert und mit dem jetzigen Personal hätten überwältigt werden können. Es ist gearbeitet worden von allen Seiten so viel man konnte, vielleicht unvollkommen, vielleicht nicht immer geschickt, aber wir müssen mit Menschen arbeiten, wie wir sie haben, wir können sie uns nicht machen.

Und vielleicht hätten mich diese Hindernisse noch nicht abgeschreckt, sondern auf einen Zwischenzustand geleitet; aber ein Widerstand, der stärker durchschlug, war ein solcher, der sonst von der Fortschrittspartei sehr hoch angeschlagen wurde. Ich erinnere mich, daß, wenn von dem Schicksal Schleswig-Holsteins die Rede war, immer entgegengehalten wurde: das Volk soll selbst über sein Schicksal bestimmen, man solle die Stände berufen, man solle die Stände fragen. Genau nach diesem Rezept der Fortschrittspartei sind wir in Hannover verfahren und werden darum nicht minder getadelt. Es erhob sich von Kurhessen ein Widerspruch dagegen, das dortige Staatswesen zerlegen zu lassen. Sie wünschten zusammen zu bleiben unter einer Provinzialverfassung, die sich der alten Landesverfassung nach Möglichkeit annäherte. Sie wollten Hanau und Fulda nicht fahren lassen. Es war sogar in Nassau eine Abneigung vorhanden, sich auch nur im Großen und Ganzen der Rheinprovinz anzuschließen, ein ganz bestimmter Widerspruch aber machte sich unter den hannoverschen Vertrauensmännern und auf dem hannoverschen Provinzial-Landtage gegen jede Zerlegung der Provinz Hannover geltend. In Osnabrück war man, so viel mir zu Ohren gekommen ist, ziemlich einstimmig gegen jede Abtrennung von der Provinz Hannover. In Ostfriesland allerdings sind die Stimmen zwiespältig darüber. Es scheint mir, als ob die drei großen Handelsstädte mehr der Zulegung zu Westfalen geneigt waren, die ländliche Bevölkerung aber mehr an Hannover festhalten wollte. Diese Erfahrung und diese Abneigung der Beteiligten selbst und namentlich auch der Ostfriesen hat mich entmuthigt in der Verfolgung meines Planes; die Sache hat sich dann so entwickelt, wie sie jetzt ist, und ich glaube kaum, daß sie sich rückgängig machen läßt. Es waren auch dort die Sonder-Interessen mächtiger, als die provinziellen Interessen, und selbst mächtiger fast, als die staatlichen.«

Die Frage in Betreff des Provinzialfonds ist im Abgeordnetenhaus schließlich noch zu einer Lösung gekommen, welche die Absichten der Regierung im Wesentlichen erfüllt.

Während die Aussonderung eines besonderen Kapitalfonds für die hannoverschen Provinzialstände, wie die Regierung sie beantragt hatte, nicht bewilligt worden ist, wurde dagegen beschloffen, dem provinzialständischen Verbands der Provinz zu eigener Verwaltung die Summe von jährlich 500,000 Thlrn. aus den Staatshaushalts-Einnahmen zu überweisen.

Der Beschluß wurde zuerst nur mit der geringen Mehrheit von 197 gegen 192 Stimmen gefaßt, indem ein größerer Theil der Konservativen zunächst dagegen stimmte; bei der endgültigen Abstimmung dagegen waren 200 für und nur 169 gegen die Bewilligung.

Gleichzeitig wurde noch folgender Beschluß gefaßt: »Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dem nächsten Landtage Gesetzes-Vorlagen für alle Provinzen der Monarchie zu machen: 1) über eine die Selbstverwaltung fördernde Umgestaltung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungen, 2) über Gewährung einer den näher festzustellenden Leistungen jeder Provinz und der dadurch bewirkten Entlastung der Staatskasse entsprechenden Jahres-Einnahme.« Die Staatsregierung hatte im Voraus ihre Geneigtheit zu einer derartigen Regelung der provinziellen Verhältnisse erklärt.

**Die Landtags-Session** geht ihrem Schlusse entgegen.

Im Abgeordnetenhaus hat am Montage noch die Berathung über das Staatshaushaltsgesetz im Ganzen stattgefunden, worauf am Donnerstag die Schlußberatung folgt, welche wohl höchstens zwei Tage in Anspruch nehmen dürfte. Es werden dabei vermuthlich nur einige der früheren Beschlüsse, namentlich in Betreff der Pauschsumme für die Verwaltungseinrichtungen in Hannover etc., und in Betreff der Land-Gend'armerie zu nochmaliger eingehender Erwägung kommen.

Jedenfalls wird das Herrenhaus Anfang nächster Woche in der Lage sein, seinerseits über den Staatshaushalt Beschluß zu fassen, wozu die erforderlichen Vorberathungen in der Kommission bereits stattgefunden haben.

Das Herrenhaus hat in seiner letzten Sitzung eine Reihe von Vorlagen zustimmend erledigt, unter anderem auch die Hypotheken-Ordnung für Neu-Vorpommern.

Das Abgeordnetenhaus wird an seinem Theile gewiß die Hand dazu bieten, dieses für die betreffende Provinz dringlich wichtige Gesetz mit Hintansetzung etwaiger einzelner Bedenken noch in dieser Session zu erledigen.

Der Schluß der Session wird voraussichtlich gegen Ende nächster Woche erfolgen können.

**Der Minister-Präsident Graf von Bismarck** hat unmittelbar nach dem Ausgange der Verhandlungen über den Provinzialfonds im Abgeordnetenhaus von Sr. Majestät dem Könige einen Urlaub auf unbestimmte Zeit zur Stärkung seiner Gesundheit erbeten und erhalten und dies beiden Häusern des Landtags unverweilt angezeigt.

Derselbe hatte die Absicht, sich zur Erholung zunächst in die Provinz zu begeben, ist jedoch einstweilen noch in Berlin zurückgehalten. Seine Enthaltung von den Amtsgeschäften wird sich jedenfalls bis nach dem Schlusse der gegenwärtigen Landtags-Session ausdehnen.

Die Vorberathungen über eine neue Kreisordnung, welche der Minister des Innern nach Erledigung der Staatshaushalts-Berathungen in Aussicht genommen hatte, werden, nachdem der Minister von einem Unwohlsein wieder hergestellt ist, nunmehr stattfinden. Die Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten im Staats-Ministerium über diesen Punkt sind völlig grundlos.

### Der Minister des Innern und die Hülfsvereine.

Ueber die Anweisungen, welche der Minister des Innern Graf zu Eulenburg in Betreff der Sendungen nach Ostpreußen erlassen hat, sind vielfach unwahre Behauptungen verbreitet worden; namentlich ist versichert worden, der Minister habe durch ein Rundschreiben sämtliche Ober-Präsidenten aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Sendungen ausschließlich oder vorzugsweise an den Ober-Präsidenten Eichmann in Königsberg gerichtet werden, worin man eine Benachtheiligung der Thätigkeit der freien Vereine finden zu dürfen glaubte.

Zur Charakteristik der betreffenden Anschuldigungen und zur Aufklärung über die Stellung der Regierung zur Sache wird folgender Rückblick auf die amtlichen Erlasse dienen.

Der Minister des Innern hat unterm 6. Januar das bereits früher mitgetheilte Rundschreiben erlassen, in welchem in Betreff der Sammlungen Folgendes gesagt ist:

»Der durch des Kronprinzen königliche Hoheit in's Leben gerufene »Hülfs-Verein für Ostpreußen« und die Verbindung desselben mit dem unter dem Protektorate Ihrer Majestät der Königin stehenden »Vaterländischen Frauen-Vereine« bieten die Möglichkeit dar, die mannigfachen Erweise der öffentlichen Wohlthätigkeit fruchtbringend zu konzentriren.

»Es werden es mit mir als eine Pflicht der königlichen Behörden erkennen, der sich allseitig regenden Hülfsbereitschaft auf jede Weise förderlich zu sein, und namentlich in den ländlichen Kreisen, welche der unmittelbaren Einwirkung der Vereinsthätigkeit schwerer zugänglich sind, geeignete Mittelpunkte für die Sammlung und sichere Beförderung der aufzubringenden Beiträge schaffen zu helfen.

Ich ersuche Ew. .... ergebenst, Ihren Einfluß dahin geltend machen zu wollen, daß die Organe der Verwaltung überall in möglichster Gemeinschaft mit den erwähnten Hülfs-Vereinen die Bethätigung der öffentlichen Theilnahme für die Nothleidenden zu erleichtern und zu fördern beflissen seien.«

In Folge vielfacher weiterer Anfragen aus den Provinzen, wohin die gesammelten Gaben zu senden seien, erließ der Minister unterm 13. Januar ein besonderes Rundschreiben über diesen Punkt, in welchem es heißt:

»Hinsichtlich der Sammlungen zur Binderung des Nothstandes in Ostpreußen wird es vielfach von Nutzen sein, darauf hinzuweisen, daß, wo man nicht geneigt sein sollte, die betreffenden Gaben den in meinem Erlasse vom 6. d. Mts. gedachten oder anderen Vereinen zur eigenen Verwendung zu übergeben, dieselben auch direkt an den Herrn Ober-Präsidenten Eichmann zu Königsberg dirigirt werden können.«

Während der Minister also in obigem ersten Erlasse nur auf die beiden großen Berliner Vereine hingewiesen hatte, erwähnte er in dem späteren Rundschreiben ausdrücklich auch »andere Vereine« (selbstverständlich auch in Ostpreußen), ferner aber die oberste amtliche Stelle der nothleidenden Provinz.

Es liegt auf der Hand, daß hierbei von irgend einer Absicht gegen die Vereine in Ostpreußen nicht die Rede sein kann.

Außerdem hat der Minister auf folgenden besonderen Anlaß eine Anweisung ertheilt.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen zeigte an, daß ein Fabrik- und Mühlenbesitzer in Calbe beabsichtige, den Nothleidenden in Ostpreußen eine Wagenladung seiner Fabrikate, als Mehl, Graupen, Grütze etc., darzubieten, und wünsche dieselbe zur möglichst schleunigen Hülfe unmittelbar nach Ostpreußen abzusenden. Er sei jedoch in Zweifel, welcher Stelle in Ostpreußen selbst er diese Sendung am sichersten und zweckmäßigsten zuführen lassen solle, und habe dieserhalb die Vermittelung des Ober-Präsidenten in Anspruch genommen.

Der Minister erwiederte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf sein obiges Rundschreiben, daß diejenigen Beiträge, welche nicht den erwähnten größeren Vereinen übergeben werden, für jetzt am zweckmäßigsten direkt an den Ober-Präsidenten zu dirigiren seien.

Während Jedermann es natürlich finden wird, daß der Minister auf eine solche an ihn gerichtete Anfrage vor Allem die Sendung an den Ober-Präsidenten empfohlen hat, ist auch in diesem Erlasse schon durch die ausdrückliche Hinweisung auf das Rundschreiben vom 13. Januar jeder Gedanke an eine Beeinträchtigung der Vereinsthätigkeit offenbar ausgeschlossen.

Nur eine mißverständliche oder böswillige Auffassung hat in den Anweisungen des Ministers eine solche Absicht finden können, zumal derselbe von vorn herein seinen Einfluß ausdrücklich dahin geltend gemacht hat, daß »die Behörden überall in möglichster Gemeinschaft mit den Hülfs-Vereinen« zu wirken suchen.

(Eine neue Gewerbe-Ordnung) war von Seiten unserer Regierung bereits nach der Erweiterung der preussischen Monarchie mit Rücksicht auf die gewerblichen Verhältnisse in den neuen Landestheilen in Aussicht genommen und ein bezüglicher Entwurf im preussischen Handels-Ministerium seiner Zeit ausgearbeitet worden.

Nach der Errichtung des Norddeutschen Bundes kam jedoch alsbald der Erlaß übereinstimmender Vorschriften über die Berechtigung zum Gewerbebetriebe im Bereiche des gesammten Bundes in Anregung; namentlich wurden Seitens Sachsens bestimmte Anträge darüber im Bundesrathe gestellt.

Die Bundes-Regierung erklärte bereits im letzten Reichstage, daß ihre Absicht auf die baldmöglichste Vorlegung einer gemeinsamen Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund gerichtet sei.

Nachdem die Angelegenheit inzwischen im Ausschusse des Bundesrathes für Handel und Gewerbe vorberathen worden, ist jetzt im Bundeskanzler-Amt, unter Benützung der Vorarbeiten des preussischen Handels-Ministeriums, der Entwurf einer auf den Grundlagen der Gewerbefreiheit ruhenden Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund aufgestellt worden, welcher nach weiterer Prüfung an den beteiligten Stellen dem Bundesrathe und dem Reichstage in der nächsten Session zur Beschlußnahme vorgelegt werden soll.

Unsere Kronprinzessin hat das königliche Haus am 10. Februar Morgens nach 3 Uhr durch die Geburt eines Prinzen erfreut.

Das Kronprinzliche Paar hat nunmehr 5 Kinder, — drei Prinzen: Prinz Friedrich Wilhelm (am 27. Januar 1859 geboren), Prinz Heinrich (am 14. August 1862 geboren) und den jüngst geborenen Prinzen, — und zwei Prinzessinnen: Prinzessin Charlotte (am 24. Juli 1860 geboren) und Prinzessin Victoria (am 12. April 1866 geboren).

Gott schütze das fürstliche Haus, auf welchem Preußens und Deutschlands weitere Hoffnungen ruhen!

Die neuesten Berichte aus Ostpreußen haben in Folge einer Verspätung für die heutige »Provinzial-Correspondenz« nicht mehr benützt werden können. Dieselben werden anderweitig veröffentlicht werden.